

Region: Bis 2030 kommt die Teilrevision des Kantonalen Pflegegesetzes mit neuen «Versorgungsregionen»

«Das Älterwerden fordert uns als ganze Gesellschaft»

Bessere Lebensbedingungen, Erleichterungen am Arbeitsplatz, gesünderes Essen, oder medizinische Fortschritte. Es gibt viele Gründe, warum die Menschen in der Schweiz immer älter werden. Das ist erfreulich, stellt aber auch eine enorme Herausforderung für die Gesellschaft dar. Nun entstehen im Kanton Aargau «Versorgungsregionen».

Im Gebiet des Regionalverbands «aargauSüd Regio» leben aktuell fast 2000 Menschen die über 80 Jahre alt sind. Amtliche Schätzungen sagen, dass es bis im Jahr 2055 5000 betagte Menschen gibt, die in der Region Aargau Süd leben. Auch im Suhrental nimmt der Anteil über 80-Jähriger exponentiell zu. Von heute 720 Betagten auf fast 1900 im Jahr 2055. Damit liegen die beiden Regionen deutlich über dem kantonalen Durchschnitt. Allgemein ist der Zuwachs in städtischen Gebieten geringer.

Aus diesem Grund hat der Kanton vor zwei Jahren die «Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2030» beschlossen. Darin werden die Gemeinden unter anderem verpflichtet, eine regionale Koordinations- und Anlaufstelle zu schaffen, so genannte «Versorgungsregionen». Derzeit arbeiten die bestehenden Regionalplanungsverbände an der Bildung dieser Regionen. Kürzlich fand ein Workshop mit Leistungserbringern aus der Region statt: Apotheker und Ärzte sowie Vertreter von Spitex, Spital Menziken, Alters- und Pflegeheimen. Was kommt da auf die Region Aargau Süd zu? Karin Faes, Präsidentin des Planungsverbands «aargauSüd regio» gibt Auskunft.

Karin Faes, wer steht in Sachen Altersversorgung eigentlich in der Pflicht?

«Die Gesellschaft als Ganzes: Politik, Krankenkassen, Spitäler, Ärzte, Altersheime, Spitex-Organisationen, Apotheken, Angehörige, Arbeitgeber, Familien und die Betagten selber. Befassen müssen wir uns mit den fehlenden Pflegebetten, dem fehlenden Fachpersonal, mit stark steigenden Kosten, mit Datenschutz und mit der Eigenverantwortung.»

Mit Eigenverantwortung meinen Sie, dass Familien ihre Alten betagten Familienangehörigen vermehrt selber pflegen?

Wir haben viele Angehörige, die heute schon zu ihren Eltern und Verwandten schauen und wir haben eine funktionierende Nachbarschaftshilfe. Aber wir stellen fest, dass diese Verbindungen vermehrt gekappt sind,



In gesundheitspolitischen Themen hat sie viel Erfahrung: Karin Faes gehörte dem Grossen Rat an und ist heute Präsidentin des Regionalplanungsverbands aargauSüd Regio. (Bild: Remo Conoci)

wenn die älteren Menschen auf dem Land leben und es die jungen Familienmitglieder in die Stadt zieht. Wo die Verbindung da ist, müssen wir dafür sorgen, dass pflegende und betreuende Angehörige Unterstützung erhalten, zum Beispiel durch Tagesstrukturen und finanzielle Entlastung. Wo das nicht möglich ist, braucht es in erster Linie ein Netz von Dienstleistungen und erst danach neue Pflegeplätze.

Im Aargau fehlen bis 2035 1500 Pflegebetten, was bedeutet das für die Region Aargau Süd?

Wenn wir nichts unternehmen, werden es in dreieinhalb Jahren etwa 150 Pflegeplätze sein, die fehlen.

Das tönt nach wenig.

Die Entwicklung geht ja noch weiter. Bis 2055 werden weitere 300 Plätze fehlen. Die sechs Pflegeheime in der Region Aargau Süd sind bereits heute an der Grenze ihrer Kapazitäten, einige sogar schon darüber hinaus. Geht man von einer Investition von 300'000 bis 450'000 Franken pro Pflegeplatz aus, steht unserer Region bis 2035 ein Investitionsvolumen von 45 bis 68 Millionen Franken bevor. Wenn wir nichts unternehmen.

Und wenn wir etwas unternehmen?

Unser Ziel ist es, nur die Hälfte an Pflegeplätzen aufbauen zu müssen. Die andere Hälfte wollen wir mit einem Netz aus Freiwilligen, Ärzten, Apotheken, Spital und Spitex auffangen. Die Pflegeinstitutionen sind sehr verschieden organisiert. Es gibt Stiftungen, Aktiengesellschaften im Besitz von mehreren Gemeinden, private Eigentümer. Allen gemein ist, dass es für sie, seit dem Finanzhilfegesuch des Kantonsspitals Aarau, praktisch nicht mehr möglich ist, einen Bankkredit zu erhalten. Die Gemeinden wiederum sind gesetzlich verpflichtet, für die Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten und qualitativ guten Angebots der ambulanten und stationären Langzeitpflege zu sorgen. Hier gilt es, gemeinsam nach neuen Lösungsansätzen zu suchen.

Sie schlagen nicht weniger als ein Umdenken vor.

Ja, wir müssen unterscheiden zwischen Bedürfnis und Bedarf. In Zukunft wird der medizinische Aspekt den Ausschlag geben, wer einen der raren Pflegeplätze zugeteilt bekommt. Damit Bewohnende mit Pflegestufe 1-3 erst später in die Langzeitpflege eintreten, braucht es neben der medizinischen Versorgung auch ein Angebot für

die Betreuung der älteren Bevölkerung. Organisationen wie Impuls Zusammenleben, Pro Senectute oder das Rote Kreuz bieten bereits Hilfe an. Hier muss noch weiter ausgebaut werden.

Werden die Versorgungsregionen deckungsgleich mit dem Planungsverbänden sein?

Das ist noch unklar, jede Gemeinde kann selber entscheiden, welcher Versorgungsregion sie sich anschliessen will.

Welches sind die Aufgaben dieser Versorgungsregionen?

Aufgabe dieser Versorgungsregionen wird es sein die Koordination und Vernetzung der ambulanten und stationären Leistungserbringern, die Erstellung und Umsetzung eines Versorgungskonzeptes, die Erarbeitung der regionalen Pflegeheimplanung und die Sicherstellung einer Anlaufstelle für sachgerechte Beratung und Unterstützung rund ums Alter.

Bitte erklären Sie uns das an einem Beispiel

Betagte Menschen leben gerne so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem bisherigen Zuhause. Damit die

Zeit in einer Pflegeeinrichtung kurz bleibt, oder ein Umzug nicht mehr notwendig wird, müssen diese Menschen und ihr Umfeld unterstützt und gestärkt werden. Diese Unterstützung wird durch die Spitex, ärztliche Versorgung Apotheken, Palliativpflege, Fahrdienste, Mahlzeitservice, Reinigungs- oder Betreuungsangebote sichergestellt. Der Ausbau dieser Dienstleistungen ist wesentlich günstiger, als der sonst notwendige Aufbau an Langzeitpflegeplätzen.

Wie weit ist man in diesem Punkt in der Region Aargau Süd?

Wir haben die Problematik früh erkannt, möglicherweise früher als andere Regionen. Unser Ziel ist es, bereits 2029 über die geforderten Konzepte zu verfügen, damit die Versorgungsregion gebildet werden kann. Die Zeit drängt. Den Gemeinden in unserer Region ist bewusst, dass sie neben vielen anderen finanziellen Herausforderungen, wie Strasseninfrastruktur, Schulhausbauten oder Asylwesen, nun auch für die älter werdende Bevölkerung werden Mittel einplanen müssen. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass diese Bevölkerungsgruppe ein Leben lang gearbeitet und Steuern bezahlt hat. Nun ist es an uns, sie zu unterstützen.

Wenn all diese Beteiligten zusammenarbeiten sollen, braucht es Informationsaustausch. Droht ein Scheitern wegen dem Datenschutz?

Das ist eine mögliche Gefahr, deshalb müssen wir Vertrauen in das elektronische Patientendossier aufbauen. Der Datenaustausch dient der Sicherheit des Patienten, Abklärungen müssen nicht mehrfach durchgeführt werden, es kann schnell auf Situationen reagiert werden und die Kosten werden deutlich gesenkt.

Wie geht es nun weiter?

Letzte Woche fand ein Workshop statt, bei dem die verschiedenen Akteure den Konzeptentwurf besprochen haben (Anm. d. Red.: Statements aus diesem Workshop im Beitrag unten). Bis Ende Jahr wird es weitere Konsultationen geben. Ab dem 2. Quartal 2027 entstehen daraus die Teilrevision des Pflegegesetzes, das dem fakultativen Referendum entsteht, und die Pflegeverordnung. Ab 2030 wartet die Umsetzung, mit einer Übergangsfrist von 2 bis 3 Jahren.

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten ein?

Das Bewusstsein über das Thema ist noch nicht überall angekommen. Aber die Aufgabe wird die ganze Gesellschaft fordern. Ich bin überzeugt, dass wir diese Herausforderung, wie schon viele zuvor, gemeinsam meistern werden.

Interview: Remo Conoci

Gesundheitspolitik in der Region Aargau Süd: Eindrücke von Teilnehmenden des zweiten Workshops

«Bin überrascht, wie stark unsere Gesellschaft altert»

Der Kanton Aargau will, dass sich die Gemeinden in sogenannte «Versorgungsregionen» zusammenschliessen, um die Herausforderungen im Bereich der Gesundheitsplanung zu meistern. Mit im Boot sind die Ärzte, Apotheker, Pflegenden und Institutionsleiterinnen. Hierzu fand kürzlich ein weiterer Workshop statt. Das sind die Eindrücke der Teilnehmenden.



«Für mich geht es jetzt nicht um Politik, sondern es geht darum, die Dienstleistungen für die ältere Generation in unserer Region zu optimieren. Das müssen einfache, greifende und gut umsetzbare Lösungen sein. Im Rahmen der Workshops gab es sehr gute Inputs für die weitere Zusammenarbeit untereinander. Klar

wurde aber auch, dass für einen fließenden Austausch der Datenschutz eine zentrale Rolle spielt. Es ist eine Tatsache, dass viele Menschen durch die Patientendossiers nicht zu «gläsernen Patientinnen und Patienten» werden wollen. Und das erschwert eine offene und transparente Kommunikation untereinander. Das zentrale Organ der zukünftigen Versorgungsregion ist für mich die neu zu bildende Anlaufstelle. Ich bin sicher, dass durch die Abklärungen, welche die Anlaufstelle tätigen wird, wir als Institutionen sehr entlastet werden.»

Miriam Lo Conte, Geschäftsführerin Spitex Sonnenberg und Pflegezentrum Sonnenberg, Reinach



«Ich bin überrascht, wie stark unsere Gesellschaft altert. Dies wird uns vor grosse Herausforderungen stellen. Unsere Kundenschaft gehört generell eher zur älteren Gene-

ration, deshalb ist mir das im Alltag noch nicht so stark aufgefallen. Sicher wird sich unser Dienstleistungsangebot erweitern – jedoch nicht zwingend für die Kundengruppe der oft mehrfacherkrankten Seniorinnen und Senioren, sondern eher für junge, gesunde Menschen, die eine hohe Krankenkassen-Franchise haben und niederschwellige Dienstleistungen wie Impfen, Blutdruck- oder Blutzuckermessungen, Wundversorgungen und vieles mehr aus der eigenen Tasche bezahlen. Damit können wir Hausarztpraxen entlasten. Auch mit Screenings können wir die Hausärzte wirkungsvoll unterstützen. Aus Apothekersicht finde ich es zentral, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Institutionen reibungslos funktioniert.»

Florian Schwyter, Apotheker, TopPharm Wyna, Unterkulm

«Wenn wir die Gesamtsituation verbessern und die Versorgungsqualität hochhalten wollen, dann muss unbedingt auch die Sicht der ärztlichen



Grundversorger einfließen. Ich habe versucht, mich im Vorfeld der Veranstaltung in die Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2030 einzulesen. Es ist ein sehr komplexes Thema, da so viele Berufsgruppen und Institutionen beteiligt sind. Meines Erachtens spielen die Kommunikation und die Schnittstellenkoordination auf allen Ebenen eine essenzielle Rolle. Sie sind Grundvoraussetzungen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Leistungserbringer. Es ist egal, um welche Schnittstelle und welchen Zeitpunkt es geht – Spitaleintritt, Spitalaustritt, Heimeintritt, Versorgung zu Hause – die einzelnen Institutionen müssen sich zuverlässig gegenseitig informieren können.»

Dr. med. Annalena Keller, dipl. Ärztin, Wyna Praxis Reinach

«Dieser Anlass sollte im gleichen Rahmen und in regelmässigen Abstän-



den immer wieder stattfinden, denn das stärkt die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsdienstleister. Die grosse Kunst in unserem komplexen Gesundheitswesen ist es, den Informationsfluss zwischen den einzelnen Leistungserbringern sicherzustellen. Diese Zusammenarbeit muss digital unterstützt werden. In meinen Augen braucht es dringend eine schweizweite Plattform für den Datenaustausch, auf welcher im Minimum eine aktuelle Diagnose- und Medikamentenliste geführt wird. Wenn diese Informationen à jour sind, fallen bereits viele Probleme weg. Weiter muss die Rolle der Hausärztinnen und Hausärzte gestärkt werden. Sie sind prädestiniert dafür, die Fäden zusammenzuhalten. Umso wichtiger ist es, das Hausarztssystem aufrecht zu erhalten und alles zu tun, dass es uns nicht wegbriecht.»

Sandra Lambroia Groux, Direktorin Asana Spital Menziken AG